



Empfehlung

Intensivierung der Bemühungen zur Vermittlung der Sprache des Nachbarn Deutsch und Französisch in den Teilregionen der Großregion

Der Interregionale Parlamentarier-Rat (IPR), auf Vorschlag der Kommission Schulwesen, Forschung, Ausbildung und Kultur,

1. hält es für notwendig, dass die Bürgerinnen und Bürger der Großregion die beiden Nachbarsprachen Französisch und Deutsch lernen, begrüßt, dass die Vermittlung der Sprache des Nachbarn in allen Teilregionen der Großregion politischer Wille ist, und spricht sich dafür aus, diese Politik verstärkt fortzusetzen,
2. unterstreicht seine Überzeugung, dass die Mehrsprachigkeit der Bevölkerung eine zentrale Grundlage für einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt mit einer verstärkten Mobilität der Arbeitskräfte ist, und dazu beitragen wird, die Probleme steigenden Fachkräftebedarfs und der Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen,
3. betont insofern, dass die Vermittlung der Sprachen des Nachbarn Deutsch und Französisch gleichberechtigt neben der Vermittlung der Sprache Englisch, die in der internationalen Kommunikation unverzichtbar ist, stehen soll,
4. begrüßt sehr das Projekt TRILINGUA zur Förderung der Mehrsprachenkompetenz zwischen dem Département Moselle, dem Saarland und Rheinland-Pfalz und spricht sich für eine Fortführung des Projekts ab dem Jahr 2014 mit einer veränderten Schwerpunktsetzung vom Kindergarten hin zur Grundschule aus,
5. spricht sich dafür aus, für eine Förderung im Rahmen weiterer europäischer Programme, z. B. INTERREG-Programme, Sprachenprojekte speziell zu entwickeln,
6. spricht sich für eine Verstärkung des Lehreraustauschs sowie der Zusammenarbeit von Partnerschulen im Bereich der Regionen der Großregion aus,

7. spricht sich ebenso für eine Verstärkung des Austauschs zwischen Berufsbildenden Schulen aus,
8. spricht sich dafür aus, Vereinbarungen mit Kammern und Einrichtungen der Wirtschaft zu treffen, um den Bedarf von Wirtschaft und Sozialpartnern für die Vorbereitung von Schülerinnen und Schülern auf den Arbeitsmarkt besser ermitteln zu können,
9. fordert die Regionen der Großregion dazu auf, den besonderen Bedarf der Grenzregionen an Ausbildung in der Sprache des Nachbarn zu erkennen und eine entsprechende Versorgung mit Lehrkräften sicherzustellen,

Der Interregionale Parlamentarier-Rat richtet diese Empfehlung an

- die Regierung der Französischen Republik,
 - die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
 - die Regierung der Fédération Wallonie-Bruxelles,
 - die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
 - die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz,
 - die Landesregierung des Saarlandes,
- den Präfekten für die Region Lothringen.

Trier, den 22. November 2013